



Bundestagsabgeordnete Doris Barnett

Doris Barnett berichtet:

Aus Berlin in die Pfalz – Neues aus dem Bundestag

24. April 2015

Liebe Genossin, lieber Genosse, es ist schon eine verrückte Welt: da feiern wir auf der einen Seite 70 Jahre Beendigung des schrecklichen zweiten Weltkrieges und sind auch zu Recht froh und stolz, was wir in diesen Friedensjahren aus unserem Land machen konnten. In anderen Regionen verfallen ganze Staaten, gibt es keine Ordnung mehr und Mörderbanden wie der IS versuchen, das Vakuum zu besetzen, rufen sich selbst zum Staat aus. Und dabei treiben sie hunderttausende Menschen vor sich her, die vor diesem Terror fliehen. Die Mehrheit versucht, in der Nähe ihres alten Zuhauses zu bleiben, über 1,5 Millionen Menschen sind inzwischen im Libanon in Flüchtlingslagern untergebracht (das sind 25 % der einheimischen Bevölkerung!). Andere finden Zuflucht in der Türkei oder versuchen, dem Elend mit der Flucht über das Mittelmeer zu entkommen. Es ist beschämend, aber inzwischen ist die Not dieser Menschen auch noch zum Wirtschaftsfaktor geworden, mit der

Not lässt sich gut Geld verdienen!

Auch an anderen Orten wird geschossen, sterben Menschen: ob in der Ostukraine oder in Bergkarabach, dem Land zwischen Armenien und Aserbaidschan, in Pakistan, Nigeria und noch vielen anderen Ländern.

So viele Menschenleben werden ausgelöscht—eigentlich ein Un-
ding im 21. Jahrhundert.

Dabei haben wir doch genug andere Probleme: wachsende Weltbevölkerung; Überalterung der Gesellschaften in den Industriestaaten, Umweltprobleme und Naturkatastrophen; Epidemien und Unwissenheit.

Wir sind hier richtig gefordert, nicht nur unsere Mitmenschlichkeit, sondern auch unsere Fähigkeit, mutig Veränderungen anzugehen, den Fortschritt zuzulassen; zwar nicht um jeden Preis, aber um die Richtung zu bestimmen, um Standards zu setzen.

Das tun viele von Euch jeden Tag bei Eurer Arbeit, ob in der großen BASF oder ob im Handwerksbe-

trieb, bei der Verwaltung oder den Schutz- und Rettungskräften oder auf den Feldern. In wenigen Tagen haben wir den 1. Mai, dann wird der „Tag der Arbeit“ gefeiert. Das ist auch der Tag, an dem wir auch ein Stück weit Bilanz ziehen über die Verhältnisse in unserem Land, insbesondere die Arbeitswelt. Im Vergleich zum Süden Europas leben und arbeiten wir gut. Der Mindestlohn ist kein Jobkiller, sondern eine Wohltat für über 2 Millionen Menschen. Und in diesem Jahr können wir feststellen: zusammen haben wir nicht nur 70 Jahre Frieden gehalten, sondern auch ein Land geschaffen, das Viele als ihr Traumland zu erreichen suchen. Da heißt es jetzt für uns, zu helfen, ein wenig abzugeben—wie vor 70 Jahren, als wir zusammengerückt sind. Damals haben wir es geschafft—und wir schaffen es jetzt auch wieder!

Eure

Flüchtlinge: Europa muss endlich gemeinsam handeln! • Alleinerziehende werden endlich entlastet • Einbruchskriminalität effektiv bekämpfen • Terrorgefahr mit Augenmaß abwehren • Nachtragshaushalt 2015: Gute Investitionen in unsere Zukunft

Flüchtlinge: Europa muss endlich gemeinsam handeln

Deutschland hat die humanitäre und historische Verpflichtung, politisch Verfolgte und Flüchtlinge aus Kriegsgebieten aufzunehmen. Um dieser Verantwortung tatsächlich gerecht zu werden, müssen wir Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen und versorgen. Die betroffenen Kommunen stoßen derzeit an ihre Grenzen. Deshalb muss der Bund sich stärker als bisher geplant an den Kosten für Flüchtlinge beteiligen.

Um Asylbewerbern eine Chance zu geben, sich in unsere Gesellschaft zu integrieren, brauchen wir zudem Verfahren, die rasch klären, ob ein Recht auf Asyl besteht oder nicht. Die anvisierte Bearbeitungszeit von drei Monaten ist noch nicht erreicht. Wir setzen uns daher dafür ein, die **Stellen des Bundesamtes für Migration und Asyl nochmals aufzustocken**.

Angesichts der Dimension der Flüchtlingszahlen ist klar: Um das Problem zu lösen, müssen alle zusammenarbeiten. Sowohl in Europa als auch auf nationaler Ebene. Das ist zu Recht die Erwartungshaltung unserer Bürgerinnen und Bürger. Ein „Schwarzes-Peter-Spiel“ auf dem Rücken von Kommunen und Flüchtlingen

machen wir nicht mit!

Alleinerziehende werden endlich entlastet

*Auf der gemeinsamen Klausur der Geschäftsführenden Vorstände der Fraktionen von SPD und CDU/CSU in Göttingen hat unsere Fraktion einen wichtigen Erfolg für mehr Gerechtigkeit in der Familienpolitik erzielt: **Wir haben durchgesetzt, dass der steuerliche Freibetrag für Alleinerziehende erstmals seit über zehn Jahren erhöht wird, und zwar deutlich um 600 Euro auf 1908 Euro.***

Tatsache ist: In Deutschland gibt es immer mehr Alleinerziehende. In rund 20 Prozent aller Familien leben inzwischen Mutter oder Vater allein mit ihren Kindern. Alleinerziehende leisten enorm viel, müssen dabei im Schnitt mit einem deutlich geringeren Haushaltseinkommen auskommen als Paarfamilien und sind überproportional von Armut betroffen.

Alle Kinder haben das Recht auf einen guten Start ins Leben. **Die finanzielle Unterstützung von Familien muss dort ankommen, wo sie wirklich gebraucht wird: Bei Familien mit mittlerem oder niedrigem Einkommen und Alleinerziehenden.** Im Zuge der verfassungsrechtlich notwendigen Anhebung der steu-

erlichen Kinderfreibeträge haben wir daher dafür gesorgt, dass auch das Kindergeld und der Kinderzuschlag erhöht werden.

Einbruchskriminalität effektiv bekämpfen

Die Zahl der Wohnungseinbrüche ist seit 2010 um 25 Prozent gestiegen. Bei vielen Bürgerinnen und Bürgern wächst die Sorge, eines Tages selbst Opfer eines Einbruches zu sein. Für uns ist klar: Wir lassen die Menschen mit diesen Ängsten nicht allein. Wir wollen deshalb Mieter und Wohneigentümer unterstützen, Haus oder Wohnung besser gegen Einbrecher zu schützen.

Davon müssen auch Mieterinnen und Mieter mit geringem Einkommen profitieren. Deshalb wollen wir Zuschüsse im Rahmen von KfW-Programmen aufstocken und Maßnahmen zum Schutz gegen Einbruch besser fördern. Investitionen in Sicherheitstechnik allein werden das Problem jedoch nicht lösen. Entscheidend ist, dass der Fahndungserfolg steigt. Denn eine hohe Aufklärungsquote ist die beste Abschreckung. Derzeit bleiben jedoch bei drei von vier Einbrüchen die Täter auf freiem Fuß. **Um die Ausstattung der Ermittlungsbehörden zu verbessern, hat**

der Bund deshalb 2015 die Mittel für die Bundespolizei um 100 Mio. Euro erhöht.

Terrorgefahr mit Augenmaß abwehren

In dieser Woche beraten wir zwei Gesetzentwürfe, die im Zusammenspiel mit der internationalen Staatengemeinschaft die Aktivitäten von Terroristen gezielt unterbinden: Konkret sollen Reiseaktivitäten in terroristischer Absicht bestraft und durch die Möglichkeit des Personalausweises besser verhindert werden. Zudem sollen die Finanzquellen von Terrorgruppen durch Schaffung eines eigenständigen Tatbestandes der Terrorismusfinanzierung trocken gelegt werden.

Die richtige Balance zu wahren zwischen individuellen Freiheitsrechten und dem Bedürfnis nach Sicherheit muss daher auch Ziel bei der Ausgestaltung der Fahndungsmethoden sein. Die Leitlinien zur Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung, die Bundesjustizminister Heiko Maas mit dem Bundesinnenminister verabredet hat, erfüllen diese Maßgabe und bilden damit eine gute Grundlage für die weiteren Beratungen. Sie bringen notwendige Verbrechensbekämpfung in Einklang mit unseren hohen Standards zum Schutz persönlicher Daten. Die Leitlinien sehen vor, die Speicherung nur in äußerst engen Grenzen und für maxi-

mal zehn Wochen zuzulassen. Inhalte der Kommunikation werden nicht gespeichert. E-Mails sind grundsätzlich von der Speicherung ausgenommen. Die rechtlichen Hürden für die Abrufung von Daten sind hoch und ihre Verwendung auf Grundlage strikter Vorgaben geregelt. Der Katalog der Straftaten ist klar beschränkt auf schwerste Straftaten. Betroffene müssen zudem über den Abruf der Daten informiert werden.

Nachtragshaushalt 2015: Gute Investitionen in unsere Zukunft

Um Arbeitsplätze und unseren Wohlstand von morgen zu sichern, müssen wir heute klug investieren. Deshalb haben wir in den vergangenen Monaten mit Erfolg Druck gemacht und dafür gesorgt, dass die Investitionen des Bundes um 15 Mrd. Euro stärker steigen als ursprünglich im Koalitionsvertrag vereinbart. Das Gros der zusätzlichen Mittel fließt dabei in höhere Investitionen in die Infrastruktur (4,3 Mrd. Euro) und in Energieeffizienz, Klimaschutz und Städtebau (2,2 Mrd. Euro).

Wir haben zudem durchgesetzt, dass 5 Mrd. Euro des Investitionspaktes eingesetzt werden, um Kommunen weiter finanziell zu entlasten. Damit sorgen wir dafür, dass auch Kommunen mit angespannter Kassenlage in

ihre wirtschaftliche Zukunft investieren können:

Mit einem Sondervermögen von 3,5 Mrd. Euro sollen gezielt Investitionen finanzschwacher Kommunen in Infrastruktur, Bildung und Klimaschutz gefördert werden. **Die Mittel werden nach einem Schlüssel an die Länder ausgeschüttet, der Einwohnerzahl, Höhe der Kassenredite und Anzahl der Arbeitslosen berücksichtigt.** Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in unserem Land zu wahren.

Um die die finanziellen Spielräume der Kommunen weiter zu erhöhen, haben wir uns zudem mit Erfolg dafür eingesetzt, dass die Entlastung der Kommunen für das Jahr 2017 um weitere 1,5 Mrd. Euro auf insgesamt 2,5 Mrd. Euro steigt und dann 2018 mit 5 Mrd. Euro ihre volle Höhe erreicht.

Unabhängige Experten sind sich einig: In Deutschland besteht eine Investitionslücke. Damit wir nicht länger von unserer Substanz leben, brauchen wir mehr Investitionen der öffentlichen Hand. Aber wir müssen auch bessere Anreize für private Investitionen schaffen. Klar ist: Dabei geht es nicht darum, Bund, Länder und Kommunen aus ihrer Verantwortung für Ausbau und Erhalt öffentlicher Infrastruktur zu entlassen.